

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

11. Feber 1959

321/A.B.

zu 320/J

A n f r a g e b e a n t w o r t u n g

Auf eine Anfrage der Abgeordneten H a b e r l und Genossen, betreffend Errichtung einer öffentlichen kaufmännischen Lehranstalt im Bezirk Liezen, teilt Bundesminister für Unterricht Dr. D r i m m e l folgendes mit:

Der Wunsch, eine öffentliche kaufmännische Lehranstalt im Bezirk Liezen zu errichten, ist bisher an das Bundesministerium für Unterricht weder durch den Landesschulrat für Steiermark noch durch eine andere Instanz der Unterrichtsverwaltung herangetragen worden. Wohl aber liegt dem Bundesministerium für Unterricht der Plan vor, in Liezen eine Bundesmittelschule zu errichten.

Bei der Neuerrichtung von Schulen verhält es sich so, dass Bedarf und Möglichkeit zunächst von den örtlichen Faktoren unter massgeblicher Mitwirkung der Landesschulbehörde geprüft und darnach dem Bundesministerium für Unterricht ein Antrag vorgelegt wird. Dieser Vorgang müsste auch im Falle der Errichtung einer öffentlichen kaufmännischen Lehranstalt im Bezirk Liezen eingehalten werden.

Ich benutze den Anlass, um darauf aufmerksam zu machen, dass derzeit dem Bundesministerium für Unterricht mehr als 20 Fälle bekannt sind, in denen die Neuerrichtung einer Bundesmittelschule von den interessierten Bevölkerungskreisen gefordert wird. Etwa dieselbe Zahl von Wünschen liegt auf dem Gebiete des berufsbildenden Schulwesens, das kommerzielle Schulwesen eingeschlossen, vor.

Bemerkt sei, dass diese Forderungen nichts mit dem im Gange befindlichen Programm zur Schaffung von Neubauten für bereits bestehende Schulen zu tun haben. Über dieses letztere Programm habe ich dem Hohen Hause anlässlich der jüngst vergangenen Budgetdebatte Mitteilung gemacht.

Um die auf ihre sachliche Berechtigung geprüften Wünsche nach Errichtung neuer Bundesmittelschulen und neuer berufsbildenden Schulen auch nur etappenweise erfüllen zu können, würde es der Bereitstellung zusätzlicher Budgetmittel bedürfen, die zum Teil ein Vielfaches der gegenwärtig im Staatshaushalt vorgesehenen einschlägigen Budgetbeträge ausmachen.

2. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

11. Feber 1959

Das Bundesministerium für Unterricht wird auf solche Notwendigkeiten anlässlich der Vorarbeiten für das Budget 1960 sorgfältig Bedacht nehmen. Es rechnet dabei auf die in der Öffentlichkeit unmissverständlich zutage getretenen Wünsche nach einer Verbesserung des Kulturbudgets, wofür sich ja auch in der letzten Budgetdebatte des Nationalrates die Sprecher aller politischen Parteien durchaus positiv ausgesprochen haben.

Nach Massgabe einer derartigen besseren Ausstattung des Kulturbudgets wird es möglich sein, Wünsche der Art, wie sie im gegebenen Fall vom Bezirk Liezen vorgetragen werden, zu befriedigen. Aus verständlichen Gründen kann der Bundesminister für Unterricht von den zahlreichen konkurrierenden Ansprüchen nicht gerade jene des Bezirkes Liezen herausgreifen und ihm eine vorzugsweise Erledigung versprechen. Sicher wird bei der gerechten Abwägung aller Ansprüche dieser Art das verständliche Anliegen des Bezirkes Liezen nicht zu kurz kommen.

In diesem Sinne wird der Wunsch der gegenständlichen Interpellation im Bundesministerium für Unterricht vorgemerkt.

-.-.-.-.-